

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 14.11.2022

Niederschrift

über die **15. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 27.10.2022, 16:00 Uhr bis 22:08 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister	GRÜNE
Kosubek, Antje	GRÜNE
Leitner, Günter	CDU
Polat, Alicem	SPD
Cazier, Julie	GRÜNE
Arabaci, Ismail	GRÜNE
Fischer, Stefan	GRÜNE
Herrndorf, Martin, Dr.	GRÜNE
Utku, Mildred	GRÜNE
Vinçon, Klaus	GRÜNE
Cremer, Tim	SPD
Schmitz, Mario	CDU
Scheffer, Michael	DIE LINKE.
Wienke, Gunda	DIE LINKE.
Nüsser, Christian	FDP
Florakis, Emanuel	KLIMA FREUNDE
Kader, Sabine	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Weber, Florian	CDU
----------------	-----

Verwaltung

Höver, Ulrich, Dr.

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Meurers, Hans Anton	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------	-----------------------------------

Schriftführerin

Brohl, Andrea

Gäste

Palm, Ute	auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln
-----------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Börschel, Regina, Dr.	SPD
Büttgenbach, Simone-Chantal	CDU

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Breite, Ulrich	FDP
Hammer, Lino	GRÜNE
Helmis, Maria	SPD
Jeschka, Manuel	Volt
Karadag, Derya	GRÜNE
Kockerbeck, Heiner	DIE LINKE
Lorenz, Lukas	SPD
Lutz, David, Dr.	GRÜNE
Michel, Dirk	CDU
Rudolph, Floris	GRÜNE
Ruffen, Stefanie	FDP
Schneeloch, Sandra	GRÜNE
Schwanitz, Hans	GRÜNE
Sterck, Ralph	FDP
Tybussek, Artur	CDU

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Flöge-Becker, Maria

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er auf den gestrigen Eingang einer Bürgereingabe der IG Deutzer Freiheit hin und fragt die Fraktionen, ob eine Aufnahme auf die heutige Tagesordnung gewünscht sei.

Frau Cazier, Grüne, spricht sich für eine Aufnahme auf die Tagesordnung aus, lehnt aber eine heutige Beratung wegen drei noch laufender Studien ab, da die Ergebnisse erst ca. Mitte November vorliegen werden.

Herr Cremer, SPD, erklärt, dass man bei Verkehrsberuhigungen nochmals genauer auf die Situation vor Ort schauen müsse. Er schließt sich der Stellungnahme von Frau Cazier an und plädiert dafür, die Ergebnisse der Studien zunächst abzuwarten und weist auf die vom Bezirksbürgermeister einberufene Bürgerversammlung in der kommenden Woche hin.

Herr Schmitz, CDU, befürwortet ebenfalls eine Aufnahme auf die Tagesordnung und darüber hinaus auch eine Beratung sowie Entscheidung in der heutigen Sitzung, da die Situation vor Ort dramatisch sei und man nicht die Ergebnisse der Studien abwarten könne bis der Einzelhandel tot sei.

Frau Wienke, Die Linke, spricht sich ebenfalls für eine Aufnahme auf die Tagesordnung aus, kritisiert das Verfahren aber als undemokratisch eine so kurzfristige Beratung zu fordern. Sie bekräftigt auch die Forderung zunächst die Ergebnisse der Studien abzuwarten, um danach zu einer Entscheidung zu kommen.

Herr Nüsser, FDP, befürwortet die Aufnahme auf die Tagesordnung mit heutiger Diskussion des Tagesordnungspunktes zum weiteren Vorgehen. Auch wenn eine heutige Entscheidung wünschenswert sei, spricht er sich im Hinblick auf die Bürgerversammlung für eine Beratung in der nächsten Sitzung aus.

Frau Kader, Die Partei, schließt sich den Vorrednern an.

Herr Florakis, KlimaFreunde, schließt sich der Aufnahme auf die Tagesordnung und einer Entscheidung in der nächsten Sitzung an.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, lässt über den weitest gehenden Antrag (CDU-Fraktion), also die Aufnahme auf die Tagesordnung und den sofortigen Abbruch des Verkehrsversuchs abstimmen:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen die CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass laut Geschäftsordnung zunächst über den Geschäftsordnungsantrag die Eingabe auf die Tagesordnung aufzunehmen, abzustimmen sei. Erst nach Zustimmung und Aufnahme auf die Tagesordnung, könne unter dem Tagesordnungspunkt über die Sache abgestimmt werden. Hier sei ein Geschäftsordnungsantrag mit einem Antrag vermischt worden. Der Wille der Bezirksvertretung sei aber klar geworden, auch wenn der Ablauf nicht richtig sei.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, lässt über die Aufnahme der Bürgereingabe unter TOP 4.6 der Tagesordnung abstimmen:

Einstimmig zugestimmt.

Herr Fischer, Grüne, weist auf den Antrag von Frau Cazier, Grüne hin, den Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln und schlägt eine Abstimmung über die Vertagung vor.

Herr Schmitz, CDU, bittet den TOP vorzuziehen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, lässt über den weitergehenden Antrag seiner Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu beraten abstimmen.

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, Die Linke und Die Partei gegen die Stimmen von CDU, FDP und KlimaFreunde **zugestimmt**.

Frau Cazier, Grüne, macht zu TOP 3.14 Fristeneinrede geltend und bittet um Beratung in der nächsten Sitzung. Zu TOP 4.3 wird ein Ortstermin beantragt, zu 5.1.1 wird auf den noch ausstehenden Ortstermin hingewiesen. TOP 5.3.5 sei aufgrund der den Bezirksvertretungsmitgliedern zugegangenen Antwort der Fachverwaltung, die die Maßnahme bereits umgesetzt habe, obsolet. Sie bittet die SPD als Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Cremer, SPD, zieht den Antrag 5.3.5 zurück, da die AWB die Routen seit dem 24.10.2022 bereits aufgrund des Antrags angepasst habe. Zu 6.2.2 bittet er den Initiatoren der Bürgereingabe die Möglichkeit einzuräumen, die Unterschriftenlisten heute auch offiziell zu übergeben. Er bittet dies ausdrücklich zu vermerken.

Herr Nüsser, FDP, bittet dringend um die Terminierung eines Ortstermins, damit der Antrag noch in diesem Jahr zur Abstimmung gebracht werden könne. Er fragt die Verwaltung, im Hinblick auf die drei aktuellen Stunden auf der Tagesordnung, ob eine Regelung dagegen spreche und wie dies abgestellt werden könne. Nach seiner Kenntnis sei eine aktuelle Stunde – außer in Ausnahmefällen - zugelassen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt, dass dies immer einvernehmlich so gehandhabt wurde.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt aus, dass die Geschäftsordnung diesbezüglich in der Bezirksvertretung Innenstadt immer im Konsens aller sehr weitherzig ausgelegt wurde. Die Bezirksvertretung entscheide über ihre Tagesordnung. Gemäß Geschäftsordnung finde in der Regel nur eine Aktuelle Stunde statt. Bei mehreren Anmeldungen regle die Geschäftsordnung das Verfahren.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, sagt zu, dies zukünftig zu beachten.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

- 1.1 Aktuelle Stunde: Sachstand unseres Beschlusses/DA zum Quartier Latäng vom 26.09.2022 und Stand Vorbereitung/Planung 11.11.2022, Antrag Grüne, FDP, Die Partei
- 1.2 Aktuelle Stunde: Ist Gotland noch zu retten?, Antrag Bezirksbürgermeister
- 1.3 Information Sachstand Geruchsgutachten Weidengasse
- 1.4 Vorstellung Campus Kartause, Projektvorstellung
- 1.5 Aktuelle Stunde: Fällung von sechs Bäumen auf der Kragplatte sowie aktueller Sachstand zum Abbruch und Ersatzneubau der Kragplatte, Antrag Bezirksbürgermeister

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

- 3.1 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleinheiten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln durch Totalunternehmen - Erweiterter Planungs- und Bauabschluss
1035/2022

- 3.2 Abbruch des Schulgebäudes der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, Köln-Neustadt/-Nord
1292/2022
- 3.3 Vergabe Stadtklima und Stadtverschönerungsmittel 2022 im Stadtbezirk Innenstadt, Teil II
1813/2022
- 3.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Einrichtung eines Mikrodepots in Köln Deutz
2316/2022
- 3.5 Einrichtung einer Buslinie auf der Inneren Kanalstraße
hier: Beschlüsse der Bezirksvertretungen Innenstadt, Lindenthal, Ehrenfeld und Nippes
1964/2022
- 3.5.1 ÄA zu 1964/2022 - Einrichtung einer Buslinie auf der Inneren Kanalstraße, gem. Änderungsantrag Grüne, Die Linke, SPD, FDP, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1906/2022
- 3.6 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2023 - 2027
2441/2022
- 3.6.1 ÄA zu 2441/2022 / Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2023 - 2027, Änderungsantrag Grüne
AN/1910/2022
- 3.7 Hier: Ergänzender Beschluss der baulichen Höhenentwicklung im Bereich des Ostdreiecks im Rahmen der Fortschreibung des Integrierten Plans Deutzer Hafen
3080/2022
- 3.8 Sanierung und Neugestaltung Spielplatz und Grünzug Otto Gerig Straße in Deutz
2758/2022
- 3.9 Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt
3128/2022
- 3.9.1 ÄA zu 3128/2022 "Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt, Änderungsantrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde, Die Partei
AN/1905/2022

- 3.10 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung 'Rheinboulevard beiderseits des Rheins mit Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz'
3079/2022
- 3.11 Förderprogramm "Dritte Orte" - 3. Genehmigung für die Förderphase 2022 ff.
2631/2022
- 3.12 Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz 2022
3310/2022
- 3.13 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2023
3233/2022
- 3.14 Anpassung Nutzungskonzept für die zentralen Innenstadtplätze für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2023
3071/2022
- 3.15 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, 2022 Teil III
3532/2022
- 3.16 Ehrung der Sportlerinnen und Sportler im Stadtbezirk Innenstadt
3584/2022
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: „Waidmarkt“ Aktenzeichen 33/22 B - Temporäre Platzgestaltung Waidmarkt Nord (nördlich Baustelle Gleiswechselbauwerk)
1441/2022
- 4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Ausverkauf des Deutzer Hafens stoppen“ Aktenzeichen 193/21 B
0973/2022
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradrampe Severinsbrücke (Az.: 02-1600-122-22)
2638/2022
- 4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr. Abschaffung aufgesetztes Parken und Öffnung für den Radverkehr in Gegenrichtung Agrippastraße zwischen Krummer Büchel und Hohe Pforte (Az.: 02-1600-75-22)
2656/2022

- 4.5 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW– "Klimawandel Deutz – Entsiegelung der Deutzer Werft" Aktenzeichen 115/22 B 2625/2022
 - 4.5.1 Änderungsantrag zur Vorlage 2625/2022 - Bürgereingabe Deutzer Werft, Änderungsantrag Grüne AN/1888/2022
- 4.6 Bürgereingabe nach § 24 GO - Deutzer Freiheit
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
 - 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
 - 5.1.1 Mehr umsteigefreie Busverbindungen zum Hauptbahnhof, Antrag FDP AN/1068/2022
 - 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
 - 5.2.1 Einrichtung von Abstellzonen für Mietfahrzeuge, Antrag Grüne AN/1768/2022
 - 5.2.2 Aufstellen von Schachtischen im Inneren Grüngürtel, gem. Antrag B90/Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1786/2022
 - 5.2.3 Verlängerung von Lieferzeiten auf dem Alter Markt, Antrag FDP AN/1788/2022
 - 5.2.4 Radfahrstreifen auf der Siegburger Straße, Antrag Grüne AN/1766/2022
 - 5.2.5 AWB-Betriebshof Alteburger Straße: Fahrten durch stark bewohnte Gebiete vermeiden, gem. Antrag SPD, CDU und Die Linke AN/1781/2022
 - 5.2.6 Zusätzliches Fahrradparken in Deutz, Antrag Grüne AN/1765/2022
 - 5.2.7 Anbringen eines versenkbaren Pollers an der Apostelnkirche, gem. Antrag B90/Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1785/2022

5.2.8 Prüfantrag zu verfügbaren Städtebaufördermittel, gem. Antrag B90/Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1787/2022

5.2.9 Reduzierung der versiegelten Flächen am Venloer Wall/Grüngürtel, Dringlichkeitsantrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1908/2022

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Gestaltung des Historischen Parks Deutz, Anfrage CDU
AN/0537/2022

6.1.1.1 Beantwortung der Anfrage - Gestaltung des Historischen Park Deutz, Anfrage der CDU
2753/2022

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

6.2.1 Stand Interessensbekundungsverfahren Fort X, Anfrage Grüne
AN/1693/2022

6.2.1.1 Beantwortung der Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend der Interessensbekundungen zum Fort X am Neusser Wall (AN
1693/2022)
3274/2022

6.2.2 Ruhestörung in der Rubensstraße, Anfrage SPD
AN/1831/2022

6.2.3 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne
AN/1836/2022

6.2.4 Bildungslandschaft Altstadt Nord - Renovierungsarbeiten, Anfrage CDU
AN/1821/2022

6.2.5 Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt, Anfrage CDU
AN/1822/2022

6.2.6 Anfrage zu Waffenverbotszonen, Anfrage FDP
AN/1849/2022

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 **Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**

9 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 9.1 Angebote und Projekte des Interkulturellen Dienstes der Stadt Köln
2906/2022
- 9.2 Aktivitäten 2022 des House of Resources (HoR) in Köln und diesjährige
Bundeskonferenz der Houses of Resources am 4.11.2022
2288/2022
- 9.3 Stellungnahme zum Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates zur
Neufassung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von
Straßen und Plätzen
1207/2022
- 9.4 Generalsanierung der Bastei
2633/2022
- 9.5 1. Veränderungsnachweis "Verwaltung" zum Entwurf des Haushaltsplans
2023/2024
2739/2022
- 9.6 Erste Gespräche zur Abstimmung neuer Regelung für die Außengastronomie
hier: Sachstand
2894/2022
- 9.7 20. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
2076/2022
- 9.8 Sachstandsbericht
3410/2022
- 9.9 Deutzer Hafen
Hier: 1. Sitzung des Begleitgremiums; Ergebnisprotokoll
3247/2022
- 9.10 Einrichtung einer Fahrradstraße im Pantaleonswall (Abschnitt zwischen Am
Weidenbach und Am Trutzenberg)
3316/2022
- 9.11 Liste der Großbauprojekte
3165/2022

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktuelle Stunde: Sachstand unseres Beschlusses/DA zum Quartier Latäng vom 26.09.2022 und Stand Vorbereitung/Planung 11.11.2022, Antrag Grüne, FDP, Die Partei

Herr Schmaul, Amt für öffentliche Ordnung, führt aus, dass im Nachgang zum Straßenkarneval eine externe Expertise zum Quartier Latäng eingeholt worden sei. Auf dieser Basis wurde gemeinsam mit Polizei, Feuerwehr, KVB und anderen ein Sicherheitskonzept entwickelt, welches auch auf die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner eingehe und den Vertretern von Anwohnern und Gastronomie/Gewerbe vorgestellt wurde und auf eine recht breite Zustimmung gestoßen sei. Der Zufluss könne über mehrere Schleusen gesteuert werden, zudem weisen Screens auf die Situation hin und die KVB informiere bereits bei der Anreise. Es gebe weitere Sperren an Seitenstraßen. Bei Auslastung der Zülpicher Straße werde ein Bereich durch einen DJ bespielt, um den Druck auf einen Einlass zu reduzieren. Sobald es mehr Abfluss als Zufluss gebe, könne darauf ebenfalls wieder flexibel reagiert werden. Er weist darauf hin, dass der Tunnel zum Südbahnhof bereits seit einiger Zeit gesperrt sei. Herr Schmaul beantwortet Nachfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist auf die negative Entwicklung des Gebietes hin, die Massen seien nicht mehr durch das Amt für öffentliche Ordnung und die Polizei zu regulieren.

Herr Neumann, Bürgergemeinschaft Rathenauplatz, berichtet von der in mehreren Gremien diskutierten Tunnelsituation und äußert dazu Bedenken. Er berichtet, dass an jedem Wochenende die Situation für die Anwohner nicht mehr tragbar sei. Darüber hinaus seien Sachbeschädigungen jeweils von den Anwohnern selbst zu tragen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist auf die erste Kundgebung der Bürgergemeinschaft Rathenausplatz am 10.11.2022 vor der Ratssitzung hin.

1.2 Aktuelle Stunde: Ist Gotland noch zu retten?, Antrag Bezirksbürgermeister

Herr Kiefer, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, erläutert, dass es die Aufgabe des Amtes sei, eine vernünftige immobilienwirtschaftliche Gestaltung zu finden, um das Gebäude auf Dauer zu erhalten. Diese Gestaltung sehe man in Form des Erbbaurechtes. Bisher seien 4 % des Verkehrswertes der Immobilie als Erbbauzins angesetzt worden, zukünftig seien es nur 1,5 % vom nutzungsorientierten Verkehrswert der Immobilie. Daher sei man sehr zuversichtlich, Gotland e.V. ein attraktives Angebot unterbreiten zu können. Zunächst müssen die Rahmenbedingungen, zu denen auch die baurechtliche Seite gehöre z. B. bezüglich einer Nutzungsänderungsgenehmigung, geklärt werden. Dazu ergeben sich ggf. Fördermöglichkeiten im Rahmen der 3. Orte, also der Orte an denen man sich neben Wohn- und Arbeitsort aufhalte. Das Objekt sei derzeit noch im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft,

die damit dafür Sorge Trage, dass das Gebäude gesichert sei und eventuell entstehende Schäden beheben müsse.

Herr Dr. Werner, Stadtkonservator, bedankt sich für die Unterstützung durch Frau Dr. Kronen, Honorarkonsulin des Königreiches Schweden, die wesentliche Quellen für die wissenschaftliche Beurteilung der Unterschutzstellung zur Verfügung gestellt habe. Er stellt den Versand eines Unterschutzstellungsbescheides vor Weihnachten an das zuständige Amt in Aussicht. Es gibt lt. heutigem Rundgang keinen Bauschaden, der aktuell beseitigt werden müsse. Er sieht keine Probleme darin das Gebäude einer auch denkmalpflegerisch sinnvollen Nutzung zuzuführen.

Frau Dr. Kronen, Honorarkonsulin des Königreiches Schweden, berichtet über die Kita Gotland als Kleinod der schwedisch deutschen Geschichte. 1948 fand die große Geberkonferenz für humanitäre Hilfe für Deutschland statt. Es konnten sieben Schwedenhäuser in Deutschland errichtet werden, über die schwedische Regionen die Patenschaften übernommen haben. Für die Kita Gotland habe die Stadt Visby (Gotland) die Patenschaft übernommen. Die Speisung an Kinder und Studenten erfolgte im Rahmen die Speisung die Schweden in Deutschland und Österreich nach dem zweiten Weltkrieg gemacht hat. Die Fläche habe die Stadt Köln am Rande des Volksgartens zur Verfügung gestellt und das Fundament gebaut. Auf Gotland wurde Geld für die Ausstattung gesammelt, Frauen haben Tisch- und Bettwäsche mit den Ortsnamen bestickt. In Gotland besteht Interesse wieder mit typischen Produkten beizusteuern, wenn das Haus wieder einer Nutzung zugeführt werde. Der schwedische Botschafter möchte Anfang Februar nach NRW kommen und auch das Haus Gotland besuchen.

Auf Nachfragen erläutert Herr Kiefer, dass die Unterschutzstellung die Voraussetzung für eine baurechtskonforme Nutzungsänderung durch die Bauaufsicht sei. Diese sollte von der Initiative, die die spätere Nutzung übernehmen soll, mit der Bauaufsicht verhandelt werden. Die Vergabe könne durch eine Direktvergabe oder ein Interessenbekundungsverfahren erfolgen mit dem Ziel einer Anhandgabe, um eine Erbbaurechtsvergabe vorzubereiten. Dadurch könne sich der spätere Nutzer im Gebäude aufhalten, um spätere die Nutzung vorzubereiten. Ein Interessenbekundungsverfahren dauert ca. 4-5 Monate länger. Er bittet um ein Votum der Bezirksvertretung zur Vergabeart, um eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Nachdem alle Fraktionen den Initiatorinnen von Gotland e.V. für ihr bürgerschaftliches Engagement gedankt haben, wird eine Sitzungsunterbrechung beantragt (17:32 Uhr).

Nach der Sitzungsunterbrechung (17:41 Uhr) stellt Frau Cazier, Grüne, folgenden Antrag zum Abschluss der Aktuellen Stunde: „Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung mit der Direktvergabe an den Verein Gotland e.V.“.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung mit der Direktvergabe an den Verein Gotland e.V.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.3 Information Sachstand Geruchsgutachten Weidengasse

Frau Wieland, Umwelt und Verbraucherschutzamt, teilt mit, dass alle Betriebe freiwillig Maßnahmen angekündigt haben und keine Ordnungsverfahren durchgeführt werden müssten. Die vorgelegten Konzepte des Anbieters seien unter Einbeziehung der Expertise des Gutachters und Rückmeldung des TÜV angesehen worden und entsprechen denen anderer Anbieter mit dem Vorteil einer gut gängigen Wartung. Dieses Signal habe die Verwaltung den Betrieben bereits mitgeteilt, die daraufhin bereits Aufträge erteilt haben.

Auf die Einwände von Herrn Döring, Initiative Lecker Kebab mit gesunder Atemluft, und nach weiterer Diskussion weist Frau Wieland erneut darauf hin, dass es hier um die Filterung von Gerüchen nach der TH-Luft gehe und nicht um andere Stoffe. Das Konzept des beauftragten Anbieters mit einer Filterung von 95 % entspreche dem der vier weiteren „Platzhirsche“. Allerdings gebe es derzeit Lieferschwierigkeiten, daher sei auch eine Fristsetzung nicht zielführend.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erinnert daran, dass es auch um gesundheitliche Gefährdung gehe und hier auch das Dezernat von Herrn Dr. Rau eingeschaltet werden müsse. Die Filteranlagen müssten den modernsten und besten Stand der Technik erfüllen sowie das höchste Maß an Partikeln filtern.

Frau Wieland weist darauf hin, dass man mit dem Gesundheitsamt und dem Bürgerverein Eigelstein im Dialog sei, es können nur die Forderungen gestellt werden, die der Gesetzgeber an Grenzwerten zur Verfügung stelle. Sie bittet zu differenzieren, dass es hier um die Filterung in Bezug auf den Geruch geht und nicht um sonstige Stoffe.

1.4 Vorstellung Campus Kartause, Projektvorstellung

Herr Markus Zimmermann, stellv. Stadtsuperintendent, Vertreter des Bauherrn evangelische Kirche, und Herr Kaspar Kraemer, Architekt, stellen die Planungen für das Projekt Campus Kartause anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Er erläutert, dass die Gebäude auf diesem Areal nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen und auch der große Parkplatz einer anderen Nutzung zugeführt werden soll. Es sollen 30 Apartments für Studierende und 12 Wohnungen, viele davon öffentlich gefördert, entstehen, ebenfalls soll dort eine Gastronomie untergebracht werden. Aus dem städtebaulichen Wettbewerb ging der Entwurf des Büros Kaspar Kraemer als Sieger hervor. Herr Kraemer führt aus, dass die kirchlichen Anlagen durch die Hofsituation gekennzeichnet seien und dies in den Neubau übertragen wurde, sodass ein Hof mit Campanile und einer Art Kreuzgang entstehe. Der Hof ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Er wird mit zwölf großen Bäumen - in Anlehnung an die zwölf Apostel - begrünt. Die bestehenden Bäume sollen soweit möglich erhalten werden, die Dächer werden begrünt. Der Neubau erfolgt in zwei Bauabschnitten. Zunächst wird die Akademie neu gebaut und der Altbau nach Umzug abgebrochen, um den zweiten Bauabschnitt umzusetzen. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens seien fast 20 Gutachten erstellt worden. Eine historische Klostermauer wurde freigelegt und soll in den Entwurf integriert werden. Er betont, dass hier die innerstädtische Struktur nachverdichtet werde, womit Wohnraum und ein kulturelles Angebot geschaffen werden mit einem öffentlichen Raum an dem alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt teilhaben. Mit der Fertigstellung rechne man im Jahr 2028.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bedankt sich für die beeindruckende Vorstellung des Projektes.

1.5 Aktuelle Stunde: Fällung von sechs Bäumen auf der Kragplatte sowie aktueller Sachstand zum Abbruch und Ersatzneubau der Kragplatte, Antrag Bezirksbürgermeister

Nach Sitzungsunterbrechung begrüßt Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, Herrn Schlösser, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, Herrn Gerhard, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sowie Herrn Sturmberg, Baumgutachter, die hybrid zugeschaltet sind. Herr Schlösser erläutert, dass für den Bau der Kragplatte Spannstahl genutzt wurde, der zu Spannungsrisskorrosion neige und spontan versagen könne. Daher sei ein Ersatzneubau notwendig. Das erforderliche Verkehrskonzept wurde intensiv in den politischen Gremien diskutiert und ist für die bauzeitlich befristete Maßnahme ebenfalls mit den Urheberrechtsinhabern für den Rheingarten abgestimmt. Der Neubau erfolge in zwei Bauabschnitten, der Abschluss der Bauarbeiten sei für Sommer 2024 geplant. Der Erhalt der sechs Platanen sei auch im Leistungsverzeichnis mit einem Wurzelvorhang i. H. v. 250.000 € fest eingeplant. Allerdings habe man bei Kernbohrungen festgestellt, dass die Platanen nicht wie angenommen in die Tiefe gewurzelt haben, sondern sich direkt unter der Kragplatte festkrallen. Durch den Abbruch der Kragplatte komme es zu einer massiven Beeinträchtigung der Standsicherheit, sodass keine andere Lösung als die Fällung der Platanen in Betracht komme.

Herr Stromberg bestätigt, dass man davon ausgehen müsse, dass die Standsicherheit der Platanen mit der Kragplatte eng verbunden sei, da sie als Widerlager genutzt werde, sodass alleine der Abbruch der Kragplatte zu einem spontanen Kippversagen führen könne. Zusätzlich seien weitere Bodenabgrabungen im nahen Stockbereich unumgänglich seien, sodass auch Wurzeln, die nicht nur eine statische Funktion sondern auch eine Versorgungsfunktion haben, gekappt werden müssten. Dies führe zu dem Ergebnis, dass die Platanen nicht erhaltensfähig sind.

Herr Gerhardt führt aus, dass die Bäume dort wurzeln, wo sie Luft und Wasser finden. Er bestätigt, dass durch den Abbruch der Kragplatte ein plötzliches Kippversagen nicht auszuschließen sei.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bedankt sich für die Zuschaltung von Herrn Schlösser, Herrn Sturmberg und Herrn Gerhard. Er betont, dass die Ersatzpflanzungen für die Platanen kräftig sein müssen und dazu noch ein Antrag in der Bezirksvertretung gestellt werde.

Herr Schlösser bittet die Notwendigkeit der Fällung zur Kenntnis zu nehmen und sagt zu auf die Bezirksvertretung zuzukommen, sobald es um die Auswahl der Ersatzpflanzungen gehe.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, stellt fest, dass es keine Wortmeldungen gebe und erklärt, dass die Arbeiten nun fortgesetzt werden können.

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleneinheiten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln durch Totalunternehmen - Erweiterter Planungs- und Baubeschluss 1035/2022

Frau Cazier, Grüne, stimmt der Verwaltungsvorlage zu, bittet aber um folgende Ergänzung des Beschlusstextes, um die Situation mit den Bäumen vor Ort anzuschauen: „Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün in die Beratungsfolge aufzunehmen. Ferner wird ein Ortstermin mit dem Ziel möglichst viele Bäume zu erhalten gemeinsam mit dem Ausschuss Klima, Umwelt und Grün sowie der Fachverwaltung beantragt.“

Herr Scheffer, Die Linke, enthält sich, da die Vergabe an General- und Totalunternehmer weiterhin kritisch gesehen wird.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, schlägt aufgrund der Beratungsfolge der Beschlussvorlage vor, die Ergänzung von Frau Cazier als Punkt 6 in die Beschlussvorlage aufzunehmen.

Ergänzter Beschluss:

1. Zur beschleunigten Schaffung zusätzlicher und zur Sicherung bestehender Schulplätze am Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Straße 1, 50672 Köln beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, die Planung und Errichtung eines Neubautraktes und einer 3-fach-Sporthalle, von drei zusätzlichen Sporthalleneinheiten (einschließlich 2 Sporthalleneinheiten für den Bedarf des Berufskollegs Weinsbergstraße), zusätzlicher Funktionsräume für die Außensportanlage, zusätzlicher allgemeiner und naturwissenschaftlicher Unterrichtsräume und die Generalinstandsetzung der Trakte A und B durch ein Totalunternehmen in einem europaweiten Verfahren ausschreiben zu lassen.
2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Errichtung einer Interimsmaßnahme zur Teilauslagerung in Schulersatzbauten in Containerbauweise auf dem benachbarten Grundstück. Die Teilauslagerung erfolgt für die Dauer der Baumaßnahme auf dem benachbarten Sportplatz im Bereich der südlichen und nördlichen Segmente sowie unter Inanspruchnahme der Tartanbahn. Für den Sportunterricht wird eine temporäre Zweifachturnhalle errichtet.
3. Der Rat erkennt den oberen Kostenorientierungswert für die Realisierung der gesamten Maßnahme in Höhe von rund 113,3 Millionen Euro brutto an.
Einrichtungskosten sind in dieser Summe –mit Ausnahme der bauseitigen Kosten für den Interimsersatzbau für die naturwissenschaftlichen Fachräume- nicht enthalten und werden zu gegebener Zeit mit einer separaten Vorlage zum Beschluss vorgelegt.
4. Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 10 % auf den oberen Kostenorientierungswert.

Eine erneute Gremienvorlage ist nicht erforderlich, solange der genannte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 10 % überschritten wird.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises, der die durch die Baumaßnahme entstehenden Kosten berücksichtigen wird. Die Baumaßnahme verursacht ab 2029 eine jährliche Belastung des städtischen Haushalts in Höhe von rund 5 Mio. Euro (rund 4,7 Mio. Euro Miete zuzüglich rund 300.000 Euro Reinigungs- und sonstige Nebenkosten), die aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, finanziert wird.

5. Das mit Beschlussvorlage 1503/2019 festgelegte Verfahren für das TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket wird entsprechend angewandt, so dass eine Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigungsplanung in den politischen Gremien entfällt.

6. Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün in die Beratungsfolge aufzunehmen. Ferner wird ein Ortstermin mit dem Ziel möglichst viele Bäume zu erhalten gemeinsam mit dem Ausschuss Klima, Umwelt und Grün sowie der Fachverwaltung beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke.

3.2 Abbruch des Schulgebäudes der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, Köln-Neustadt-/Nord 1292/2022

Frau Cazier, Grüne, stellt folgenden Ergänzungsantrag: „Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung so viele Bäume wie möglich zu erhalten und dies in einem OT mit dem Ausschuss Klima, Umwelt sowie der Fachverwaltung darzustellen. Sie bittet den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün in die Beratungsfolge aufzunehmen.“

Herr Cremer, SPD, betont, dass bisher Ortstermine beschlossen wurden, weil die Bezirksvertretung ohne diesen Ortstermin in der Sache noch keinen Beschluss fassen konnte. Durch den geänderten Beschluss sehe er sich verpflichtet an diesem Ortstermin teilzunehmen. Er könne der Verwaltungsvorlage auch ohne einen Ortstermin zustimmen.

Frau Cazier, Grüne, erklärt, dass man die beiden Vorlagen zum Schulbau nicht verzögern wolle, aber aufgrund der Erfahrungen zum Venloer Wall die beiden Ortstermine für notwendig erachte. Darüber hinaus sei der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün nicht in der Beratungsfolge.

Herr Fischer, Grüne, ergänzt, dass man die notwendigen Schulbaumaßnahmen nicht ohne Grund aufhalten wolle und es auch hier wieder um Baumfällungen gehe, die man sich im Detail anschauen und mit der Verwaltung besprechen wolle.

Ergänzter Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Abbruch der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße sowie der Außenanlagen im Planungsgebiet des projektierten Neubaus nach Umzug der Schule in das Interimsgebäude in der Kreuzer Straße 16.

Der Kostenrahmen für die Abbruchmaßnahme ist nach derzeitigem Kenntnisstand auf rund 2,7 Mio. Euro brutto beziffert. Zudem wird ein Risikozuschlag in Höhe von 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtgrobkostenschätzung veranschlagt. Dies entspricht einem Betrag von rund 675.000 Euro brutto. Die überschlägige Gesamtkostenschätzung des Abbruchs beträgt demnach rund 3,4 Mio. Euro brutto.

Die Finanzierung der Abbruchmaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung so viele Bäume wie möglich zu erhalten und dies in einem OT mit dem Ausschuss Klima, Umwelt sowie der Fachverwaltung darzustellen. Sie bittet den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.3 Vergabe Stadtklima und Stadtverschönerungsmittel 2022 im Stadtbezirk Innenstadt, Teil II
1813/2022**

I. Beschluss:

1.) Die **Bezirksvertretung Innenstadt** beschließt, die vom Rat im Haushaltsplan 2022 bereitgestellten restlichen Haushaltsmittel in Höhe von 18.000 € für Maßnahmen zum Stadtklima/zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für eine Slackline im Rheinpark im Bereich der Zoobrücke zu verwenden und bittet die Verwaltung die Maßnahme umzusetzen.

2.) Der **Finanzausschuss** beschließt die Freigabe der restlichen Haushaltsmittel in Höhe von 18.000 € für die von der Bezirksvertretung Innenstadt beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2022, Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

II. Kenntnisnahme:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün erhält die Vorlage im Nachgang zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Einrichtung eines Mikrodepots in Köln Deutz 2316/2022

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf zur Vergabe von Planungs- und Bauleistungen für die Errichtung eines Mikrodepots am Ottoplatz in Köln-Deutz mit Gesamtkosten i. H. v. 717.000 € fest und beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich des Abschlusses eines Vertrages über den Betrieb – mit der Umsetzung der Maßnahmen.
2. Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, einen Vertrag über den Betrieb des Mikrodepots mit der Deutschen Bahn AG abzuschließen.
3. Zur Finanzierung beschließt der Rat die Bereitstellung und Freigabe einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von rund 65.000 € brutto für das laufende Haushaltsjahr, einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 633.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2023 sowie einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2024 des Teilfinanzplans 1201, Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei der neuen Finanzstelle 6800-1201-1-0002, Mikrodepot Ottoplatz, für das Haushaltsjahr 2022. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen in gleicher Teilplanzeile im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6601-1201-5-1023 - Geestemünder Straße, Haushaltsjahr 2022. Aufgrund einer Anpassung des Baubeginns im Rahmen der Zeit-Maßnahmen-Planung bei der Geestemünder Straße ist absehbar, dass die dort veranschlagten Mittel im Haushaltsjahr 2022 nicht, wie ursprünglich geplant, in voller Höhe im Haushaltsjahr 2022 abfließen werden. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt durch veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe im gleichen Teilfinanzplan bei Finanzstelle 6601-1201-5-1023 - Geestemünder Straße, Haushaltsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Einrichtung einer Buslinie auf der Inneren Kanalstraße hier: Beschlüsse der Bezirksvertretungen Innenstadt, Lindenthal, Ehrenfeld und Nippes 1964/2022

Geänderter Beschluss (entspricht AN/1906/2022):

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Verkehrsausschuss spricht sich auf Basis der Beschlüsse der beteiligten Bezirksvertretungen für die Einrichtung einer Buslinie zwischen Riehl und Ehrenfeld / Lindenthal auf der Inneren Kanalstraße und der Universitätsstraße aus, und beauftragt die Verwaltung mit der vorrangigen Umsetzung.
2. Der Verkehrsausschuss begrüßt die Initiative der SPD-Stadtratsfraktion, die Anbindung von Kalk an das Schnellbussystem auch über die Zoobrücke prüfen zu lassen.
Dabei ist aber, wie von den Bezirksvertretungen 1, 3, 4 und 5 für das Linksrheinische (teilweise einstimmig) beschlossen, die Buslinie mit der Verlängerung nach Kalk unabhängig davon einzurichten, ob die Buslinie als Schnellbuslinie eingerichtet wird oder nicht.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimmen der CDU **zugestimmt**.

3.5.1 ÄA zu 1964/2022 - Einrichtung einer Buslinie auf der Inneren Kanalstraße, gem. Änderungsantrag Grüne, Die Linke, SPD, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1906/2022

Herr Scheffer, Die Linke, bittet die Die Linke bei diesem Änderungsantrag auch mit in die Tagesordnung aufzunehmen.

3.6 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2023 - 2027 2441/2022

Frau Palm, auf Vorschlag Arbeitskreis barrierefreies Köln, berichtet von Ortsterminen mit der Fachverwaltung zur Straßenbeleuchtung, in denen immer darauf hingewiesen wurde, dass die Straßenbeleuchtung nur für die Fahrbahn sei. Sie bittet die Bezirksvertretung sich dafür einzusetzen, dass bei Errichtung einer neuen Straßenbeleuchtung diese nicht nur die Fahrbahn, sondern auch für den Gehweg ausgerichtet werde.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, hat sich gefragt, ob es sinnvoll sei, mit einer Sanierung den Altzustand wiederherzustellen oder entsprechend dem heutigen Stand der Planung z. B. in Bezug auf Gehwegbreiten. Daher wurde der Änderungsantrag gestellt in den die Frage der Beleuchtung wie folgt aufgenommen werden könne: „Die Beleuchtung soll so ausgelegt werden, dass Gehweg und Fahrbahn ausgeleuchtet werden.“

Geänderter Beschluss (entspricht AN/1910/2022 mit Ergänzung):

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Bei den anstehenden Gehweg- und Fahrbahnsanierungen 2023-2027 sollen im Bereich der Bezirksvertretung Innenstadt grundsätzlich bestehende Beschlüsse zu den jeweiligen Straßen berücksichtigt sowie die folgenden Punkte vor der Umsetzung geprüft werden:

- **Grundsätzliche Auflösung des Gehwegparkens, insbesondere wenn die entsprechenden Mindestbreiten nicht eingehalten werden.**
- **Überprüfung der Anlage von Stadtbäumen im Seitenbereich / der Parkzone sowie Entsiegelungen mit Versickerungszonen.**
- **Ggf. niveaugleicher Ausbau in zentralen Innenstadtbereichen nach dem Modell Severinsstraße oder Maastrichter Straße.**
- **Anlagen von Radparkanlagen im Seitenbereich, entweder quer in bestehenden Parkbuchten oder, insbesondere bei Aufhebung des Gehwegparkens, längs auf Multifunktionszonen im Seitenbereich („Modell Friesenwall“). Dies gilt insbesondere im Umfeld von geschäftlichen Nutzun-**

gen mit Besucher*innenverkehr.

- Anlagen von Lade- und Lieferzonen in der Nähe von Gastronomie- und Einzelhandelsnutzungen.

Die Prüfungen sind in einem Fachgespräch mit den entsprechenden Ämtern und Abteilungen, insb. Radverkehrs- bzw. Fußverkehrsbeauftragtem sowie dem Grünflächenamt vorzustellen und abzustimmen.

Die Beleuchtung soll so ausgelegt werden, dass Gehweg und Fahrbahn ausgeleuchtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung FDP.

3.6.1 ÄA zu 2441/2022 / Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2023 - 2027, Änderungsantrag Grüne AN/1910/2022

Beschluss:

Bei den anstehenden Gehweg- und Fahrbahnsanierungen 2023-2027 sollen im Bereich der Bezirksvertretung Innenstadt grundsätzlich bestehende Beschlüsse zu den jeweiligen Straßen berücksichtigt sowie die folgenden Punkte vor der Umsetzung geprüft werden:

- Grundsätzliche Auflösung des Gehwegparkens, insbesondere wenn die entsprechenden Mindestbreiten nicht eingehalten werden.
- Überprüfung der Anlage von Stadtbäumen im Seitenbereich / der Parkzone sowie Entsiegelungen mit Versickerungszonen.
- Ggf. niveaugleicher Ausbau in zentralen Innenstadtbereichen nach dem Modell Severinsstraße oder Maastrichter Straße.
- Anlagen von Radparkanlagen im Seitenbereich, entweder quer in bestehenden Parkbuchten oder, insbesondere bei Aufhebung des Gehwegparkens, längs auf Multifunktionszonen im Seitenbereich („Modell Friesenwall“). Dies gilt insbesondere im Umfeld von geschäftlichen Nutzungen mit Besucher*innenverkehr.
- Anlagen von Lade- und Lieferzonen in der Nähe von Gastronomie- und Einzelhandelsnutzungen.

Die Prüfungen sind in einem Fachgespräch mit den entsprechenden Ämtern und Abteilungen, insb. Radverkehrs- bzw. Fußverkehrsbeauftragtem sowie dem Grünflächenamt vorzustellen und abzustimmen.

Die Beleuchtung soll so ausgelegt werden, dass Gehweg und Fahrbahn ausgeleuchtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung FDP.

3.7 Hier: Ergänzender Beschluss der baulichen Höhenentwicklung im Bereich des Ostdreiecks im Rahmen der Fortschreibung des Integrierten Plans Deutzer Hafen 3080/2022

Herr Scheffer, Die Linke, weist auf einen Beschluss hin mit dem der Hauptausschuss im April 2020 auf Antrag von SPD, CDU, Grüne, Die Linke und FDP ein Konzept zur Höhenentwicklung der Innenstadt eingefordert habe, welches ausdrücklich auch den rechtsrheinischen Bereich beinhalten soll. Dies liege bisher noch nicht vor. Vor diesem Hintergrund lehne er die Verwaltungsvorlage ab.

Herr Fischer, Grüne, teilt die Bedenken zum nicht vorhandenen Höhenkonzept. Allerdings müsse man diese konkrete Verwaltungsvorlage im Kontext der Planung zum Deutzer Hafen sehen, sie sei Teil der Gesamthöhenentwicklung, die in diesem Gelände stattfinden soll. Daher stimme er der Verwaltungsvorlage zu.

Herr Schmitz, CDU, berichtet über die ausführliche Vorstellung des Projektes im Begleitgremium Deutzer Hafen mit unterschiedlichen Varianten. Als Konsens ging das Modell C hervor. Daher stimme er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt die Umsetzung der Variante C und damit eine maximale Höhe von 12 Geschossen (entspricht 48 m Gebäudehöhe) für das geplante Hochhaus im Bereich des Baufelds Ost 03 gemäß Anlagen 1 bis 3 in Ergänzung des Beschlusses vom 09.09.2021 (vgl. Vorlagen-Nr. 2608/2021) und folgt damit der Empfehlung des Begleitgremiums Deutzer Hafen.
2. beauftragt die Verwaltung die Bebauungsplanverfahren "Deutzer Hafen" auf dieser Grundlage voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen Die Linke und Die Partei bei Enthaltung KlimaFreunde **zugestimmt**.

3.8 Sanierung und Neugestaltung Spielplatz und Grünzug Otto Gerig Straße in Deutz 2758/2022

Herr Fischer, Grüne, bringt seine Freude über die nach 5-6 Jahren nun vorliegende Verwaltungsvorlage zum Ausdruck und bittet um Mitteilung, wann mit dem Baubeginn zu rechnen sei. Dem guten Konzept stimme er zu.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, die Sanierung und Neugestaltung des öffentlichen Grünzuges samt Spielplatzfläche mit dem Namen Otto-Gerig-Straße im Stadtteil Deutz mit Gesamtbruttokosten in Höhe von 460.000 Euro (inkl. Planungs- und Baukosten) durchzuführen. Hierin sind auch die Kosten für die Sanierung von 56.636,58 Euro enthalten, deren Fi-

finanzierung aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen für Deponien und Altlasten erfolgt.

2. Weiterhin beschließt der Finanzausschuss die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 403.363 Euro im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Da die Abfolge der Sitzungstermine der beteiligten Gremien in umgekehrter Reihenfolge liegen und die Kinder- und Jugendverwaltung eine weitere zeitliche Verzögerung vermeiden möchte, erfolgt die Zustimmung der Bezirksvertretung Innenstadt unter Vorbehalt der Entscheidung des Finanzausschusses. Der Sitzungstermin des Finanzausschusses findet am 31.10.2022, 4 Tage nach der Sitzung der Bezirksvertretung am 27.10.2022 Innenstadt statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.9 Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubiering auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt 3128/2022

Frau Cazier, Grüne, weist auf den Änderungsantrag hin. Aufgrund diverser bevorstehender Planungen wie der Fuß- und Radbrücke zum Deutzer Hafen und die Linienführung der Linie 15 wird die Verwaltungsvorlage derzeit abgelehnt. Sie hält es für nicht zielführend, jetzt eine Baumaßnahme zu beschließen, wenn in hoffentlich nicht zu langer Zeit danach ein größerer Umbau erfolge.

Herr Cremer, SPD, spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Hier gehe es um den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle, die Planung sei mit den Ämtern gemeinsam vor Ort besprochen worden, wenn man jetzt davon abrücke, sei dies unbefriedigend und ungewiss, wann ein barrierefreier Umbau erfolge. Er spricht sich entschieden gegen den Änderungsantrag aus und hätte der Verwaltungsvorlage gerne zugestimmt.

Herr Leitner, CDU, schließt sich Herrn Cremer an. Er unterstützt den sofortigen barrierefreien Umbau, wie dies bereits im Ortstermin gesagt wurde, und die Umsetzung von kleinen Schritten, die zum Ganzen führen. Es sei ärgerlich und nicht vermittelbar, wenn der barrierefreie Umbau abgelehnt werde.

Herr Nüsser, FDP, kann der Argumentation der Grünen grundsätzlich folgen, gerade wenn an dieser Stelle neue Planungen bevorstehen. Auf der anderen Seite sehe er den zeitlichen Ablauf von Großprojekten. Daher enthalte er sich.

Geänderter Beschluss (entspricht AN/1910/2022):

Die Bezirksvertretung Innenstadt lehnt die Verwaltungsvorlage zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Sie beauftragt die Verwaltung mit der Wiedervorlage, wenn die KVB die zukünftige Führung der Linie 15 mit Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn und einem möglichen Wegfall des Wendehammers dargestellt hat und die Pläne für die Brückenführung der Fuß- und Radbrücke vom Ubiering zum Deutzer Hafen vorgestellt wurden, insbesondere da der aktuell geplante Baubeginn der Maß-

nahme nicht vor 2025 sein wird und nicht unerhebliche Investitionen mit dem Bauvorhaben einhergehen. Die erwartbaren Teuerungen sind unter den aktuellen Umständen kaum zu kalkulieren, was ebenfalls die Entscheidung beeinflusste.

Die Bezirksvertretung sieht zudem die vorliegenden Planung in einem deutlichen Widerspruch zu den durch die BV und VA verabschiedeten Beschlüssen zur Umsetzung von #RingFrei, die auch auf der südlichen Seite des Ubierrings einen durchgängig sicheren Radstreifen im #RingFrei-Regelmaß vorsehen. Dabei ist zu betonen, dass in diesem Bereich bedingt durch die TH, der IGIS, der private FH FORM sowie die Grundschulen Mainzer Straße und Zwirnerstraße, sowie mehrerer Kindergärten und die Anbindung des Rheinauhafens ein besonders hohes und weiter ansteigendes Radaufkommen zu verzeichnen ist, dem deutlich Rechnung getragen werden muss.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der FDP **zugestimmt.**

3.9.1 ÄA zu 3128/2022 "Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt, Änderungsantrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde, Die Partei AN/1905/2022

3.10 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung 'Rheinboulevard beiderseits des Rheins mit Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz' 3079/2022

Herr Leitner, CDU, fragt die Deutzer, ob die in Anlage 2 eingezeichneten vier Anleger bereits alle vorhanden sind.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 142 Abs. 3 Satz 4 Baugesetzbuch (BauGB) die Gültigkeit der Sanierungs-satzung 'Rheinboulevard beiderseits des Rheins mit Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz' vom 12.11.2008 (bekanntgemacht im Amtsblatt der Stadt Köln am 19.11.2003) bis zum 31.12.2030 zu verlängern.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf eine nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung 1 - Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.11 Förderprogramm "Dritte Orte" - 3. Genehmigung für die Förderphase 2022 ff. 2631/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt auf der Grundlage des vom Rat am 08.09.2022 beschlossenen aktualisierten Förderprogramms (Vorlagen-Nr. 2048/2022) die Förderung der in der beiliegenden Anlage 1 aufgelisteten eingetragenen Vereine aus dem Kölner Stadtgebiet wie folgt:

1. Fünf Vereine erhalten eine Projektförderung für den Förderzeitraum 01.12.2022 – 30.11.2023 in Höhe von 104.347,00 Euro.
2. Für die institutionelle Förderung des Kartäuserwall 18 Selbsthilfeprojekt e.V. wird geändert beschlossen, dass der Verein eine Erhöhung der Fördermittel um 3.830,00 Euro, also für die Jahre 2022 bis zum 31.12.2024 jährlich 27.830,00 Euro erhält.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.12 Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz 2022
3310/2022**

Frau Cazier, Grüne, bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Toilettenanlage nicht an anderer Stelle aufgestellt werden könne, z B. am Severinswall.

Herr Scheffer, Die Linke, fragt, ob der Behindertenbeauftragte oder der Fußverkehrsbeauftragte bei der Planung involviert waren.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, der Interessengemeinschaft Severinsviertel e.V., Kartäuserhof 50, 50678 Köln, den Chlodwigplatz zur Durchführung eines Weihnachtsmarktes in der Zeit vom 22.11.2022 bis zum 23.12.2022 (inkl. Auf- und Abbauzeiten vom 14.11.2022 – 30.12.2022) gemäß ihrem Antrag vom 17.02.2022 unter Berücksichtigung der ordnungsbehördlichen Vorgaben zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.13 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2023
3233/2022**

Herr Nüsser, FDP, teilt mit, dass er an der Abstimmung nicht teilnimmt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2023
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Karnevalskirmes vom 18. – 21.02.2023 (incl. Auf- und Abbau 18. – 22.02.2023)
 - der Ausstellung von Oliviero Toscani „Menschen des 21. Jahrhunderts“

- vom 01.03. – 21.04.2023 (incl. Auf- und Abbau 27.02. – 22.04.2023)
 - des Antik- und Designmarktes vom 05. – 07.05.2023 (incl. Auf- und Abbau 04. – 07.05.2023)
 - der Barbecue Convention vom 02. – 03.06.2023 (incl. Auf- und Abbau 31.05. – 05.06.2023)
- den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
- b. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
- des Antik- und Designmarktes vom 14. – 16.04.2023 (incl. Auf- und Abbau 13. – 16.04.2023)
 - der Polis Mobility vom 24. – 28.05.2023 (incl. Auf- und Abbau 20. – 30.05.2023)
- den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
- der 3x3 ING Masters Basketball vom 21. – 22.07.2023 (incl. Auf- und Abbau 19. – 24.07.2023)
 - der TOGGO Tour zum Gamescom City Festival vom 26. – 27.08.2023 (incl. Auf- und Abbau 25. – 28.08.2023)
 - der Side Events zum Köln Marathon vom 28.09 – 01.10.2023 (incl. Auf- und Abbau 25.09. – 03.10.2023)
 - des Antik- und Designmarktes vom 06 – 08.10.2023 (incl. Auf- und Abbau 05. – 08.10.2023)
- den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
- b. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
- der Konzertreihe Legenden V vom 27. – 30.07.2023 (incl. Auf- und Abbau 24.07. – 01.08.2023)
 - der Fußballinklusionstage vom 15. – 17.09.2023 (incl. Auf- und Abbau 14.09. – 18.09.2023)
- den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
- c. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
- des gamescom city festivals vom 25. – 27.08.2023 (incl. Auf- und Abbau 23. – 28.08.2023)
 - des Antik- und Designmarktes vom 20. – 22.10.2023 (incl. Auf- und Abbau 19. – 22.10.2023)
- den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt. (Herr Nüsser, FDP, hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

**3.14 Anpassung Nutzungskonzept für die zentralen Innenstadtplätze für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2023
3071/2022**

Wegen Verfristung nicht beraten.

**3.15 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, 2022 Teil III
3532/2022**

Herr Nüsser, FDP, fragt, wie sich der Antrag Nr. 77 mit dem Antrag TOP 5.2.2 decke.

Frau Cazier, Grüne, antwortet, dass der Antrag TOP 5.2.2 Ergebnis des gemeinsamen Ortstermins sei. Eine Finanzierung sollte aus Stadtverschönerungsmitteln erfolgen. Da für die Stadtverschönerungsmittel bereits Beschlüsse der Bezirksvertretung vorliegen und in 2022 keine Mittel mehr vorhanden sind. Der Antrag auf bezirksorientierte Mittel habe noch nicht vorgelegen als der Antrag TOP 5.2.2 gestellt worden sei. Der Antrag TOP 5.2.2 soll entsprechend in eine Finanzierung aus bezirksorientierten Mitteln geändert werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, aus den ihr zu Verfügung stehenden bezirksorientierten Verfügungsmitteln 2022 nach § 36 Gemeindeordnung, den zweckgebundenen Verwaltungsmitteln zur Kulturförderung und für Bürgervereine gemeinnützige Projekte in der Innenstadt zu fördern. Art und Höhe der finanziellen Förderbeträge sowie die Zuschussempfänger ergeben sich aus der in der Anlage beigefügten Tabelle.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.16 Ehrung der Sportlerinnen und Sportler im Stadtbezirk Innenstadt
3584/2022**

Beschluss:

In Anlehnung an die „Richtlinien über Auszeichnungen der Stadt Köln für hervorragende sportliche Leistungen und Verdienste für den Kölner Sport“ beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt, die vom Stadtbezirkssportverband 1 vorgeschlagenen Personen im Rahmen der Sportlerehrung auszuzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: „Waidmarkt“ Aktenzeichen 33/22 B - Temporäre Platzgestaltung Waidmarkt Nord (nördlich Baustelle Gleiswechselbauwerk)
1441/2022**

Die Petentin ist nicht mehr anwesend.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt den Petent*innen für die Anregungen. Die Mängel an der Dreiecksmarkierung werden kurzfristig behoben. Für eine langfristige Umgestaltung des Bereiches Waidmarkt wird eine Beteiligung der Bürgerschaft vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Ausverkauf des Deutzer Hafens stoppen“ Aktenzeichen 193/21 B 0973/2022

Der Petent stellt die Eingabe vor und betont, dass es auch ohne die geplante Privatisierung möglich sei, einen guten, qualitätsvollen Wohnungsbau zu schaffen. Der Stadtrat habe an anderer Stelle das Erbbaurecht bevorzugt. Er weist auf das Berliner Modell der Stadtbodenstiftung hin, die Grundstücke ewig für die Gemeinde sichere. Der Ausverkauf könne so oder ähnlich gestoppt werden. Die Verwaltung sei nicht bereit, alte Konzepte zu verwerfen. Dem Verbleib der Grundstücke in unser aller Hand stehe kein Recht entgegen, trotz der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme. Er bittet den Boden dauerhaft in der Obhut der Gemeinschaft zu belassen und die Verwaltung zu verpflichten in dieser Sache neue Handlungsoptionen für den Rat zu erarbeiten. Er bittet um Unterstützung des in der Stellungnahme der Petenten formulierten Beschlusses.

Frau Scholz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, führt aus, dass die Stadt im Deutzer Hafen ein ganz neues Konzept anwende, es sei eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme aufgelegt worden. Es gebe einen erheblichen Druck auf den Wohnungs- und Büromarkt. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme ermögliche es, strengere Instrumente anzuwenden, um zeitnah Wohnungen bauen und den Hochwasserschutz herstellen zu können. Der Eigentumsanteil der modernen Stadt betrage 80 %. Das Instrument gegenüber einer städtischen Gesellschaft anzuwenden, sei durchaus ungewöhnlich. Dies erfolge, da die 20 % der übrigen Grundstücke maßgeblich für die Bebauung des gesamten Gebietes seien. Die Eigentümer müssen laut Vertrag einen Ausgleichsbetrag an die Stadt Köln zahlen, von dem die Herstellung der Erschließung etc. finanziert werde und können dann ihr Grundstück städtebaulich entwickeln, so die sehr verkürzte Darstellung des Verfahrens. Da die Stadt Köln keine eigenen Baugrundstücke außer für die Erschließung habe, könne das Erbbaurecht nicht angewendet werden. Theoretisch sei dies auch auf die Moderne Stadt anwendbar, diese sei jedoch kein Bestandshalter sondern ein Projektentwickler. Mit der Modernen Stadt sei vereinbart, dass zusätzlich zu der im kooperativen Baulandmodell vereinbarten Verpflichtung von 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau noch weitere 20 % preisgedämmter Wohnungsbau errichtet werden. In der Regel würden diese Flächen an Bestandshalter wie z. B. Genossenschaften vermarktet. Die weiteren 50 % gehen in den freien Markt, z. B. Investoren die die Immobilie zum Teil weiter veräußern. Die 20 % der Flächen die Dritteigentümern gehören, werden unter Anwendung des kooperativen Baulandmodells bebaut. Das Erbbaurecht werde in Köln für Grundstücke, die im Besitz des Liegenschaftsamtes sind, angewendet.

Herr Fischer, Grüne, betont, dass er hinter dem Ziel der Eingabe, städtische Grundstücke im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung zu stellen und nicht mehr zu verkaufen, stehe. Die eklatante Mindernutzung im Deutzer Hafen, solle durch eine hochwertige Entwicklung beseitigt werden. Er hebt als Unterschied zu anderen Grundstücken die besonderen Erfordernisse zum Hochwasserschutz hervor, die in der Abstimmung mit anderen Behörden aber auch bezüglich der Erschließungskosten extrem aufwändig gewesen seien. Am südlichen Ende des Gebietes gebe es zudem ein Lärmschutzproblem. Dort könne beispielsweise keine Wohnraumnutzung, sondern nur eine gewerbliche Nutzung mit massiven gesetzlichen Auflagen bzgl. des Lärmschutzes entstehen. Aus diesen Gründen habe man sich für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, ganz speziell an diese Situation vor Ort angepasst, entschlossen. Das trotz der hohen Investitionskosten das kooperative Baulandmodell mit zusätzlich noch 20 % preisgedämmten Wohnungsbau angewendet werde, sei sensationell. Er teile die Ziele und die Sorge der Gentrifizierung der Petenten, unterstütze aber an dieser Stelle aus den vorgenannten Gründen die Verwaltungsvorlage.

Herr Cremer, SPD, erklärt, dass man durchaus an dem Entwicklungsmodell der Modernen Stadt Kritik üben könne. Allerdings würde ein Neuanfang der Planungen ein wichtiges Projekt, das man für die Schaffung von Wohnraum dringend benötige, weiter verzögern, daher stimme er der Verwaltungsvorlage zu.

Herr Scheffer, Die Linke, schließt sich den Vorrednern an und erklärt, dass es für eine Änderung der Planungen jetzt zu spät sei. Er bedankt sich für die Bürgereingabe.

Der Petent weist darauf hin, dass es den Bürgern nicht klar gewesen sei, dass dort eine Privatisierung erfolge, dies sei schlecht. Er fasst zusammen, dass die Bezirksvertretung die Ziele der Eingabe unterstütze und bittet die Verwaltung aufzufordern, sie zu einer konstruktiven Zuarbeit bei der Lösungsfindung zu verpflichten.

Frau Scholz betont, dass das Anliegen die Verwaltung dazu bewogen habe, in anderen Projekten wo noch Weichen gestellt werden, wie der Parkstadt Süd oder Kreuzfeld von Anfang an in anderen Modellen zu denken und zu diskutieren. Im Deutzer Hafen würde eine solche Prüfung Realisierung um 5 – 10 Jahre zurückwerfen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, betont, dass der Deutzer Hafen kein zweiter Rheinauhafen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe, weist sie aber inhaltlich zurück, da eine Vergabe der Flächen in Erbbaurecht im Rahmen der Anwendung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß §165 Abs. 6 Baugesetzbuch nicht möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, CDU, FDP gegen die Stimmen von Klima-Freunde und Die Partei bei Enthaltung Die Linke **zugestimmt**.

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradrampe Severinsbrücke (Az.: 02-1600-122-22) 2638/2022

Der Petent stellt seine Eingabe vor und führt aus, dass von der Rampe auf der linksrheinischen südlichen Seite der Severinsbrücke seit Anfang der 80er Jahre ein 150 Meter langer Teil des früheren Radweges als Beschleunigungsspur für den Kfz-Verkehr genutzt werde. Während bei dem Kfz-Verkehr ein Rückstau vermieden werden soll, ginge es bei der Nutzung des Radwegs um Leben und Tod, da der gemeinsame Fuß- und Radweg nur 1,80 m breit sei. Der Radverkehr habe seit den 80ern stark zugenommen, aber auch der Fußverkehr seit dem Ausbau des Rheinauhafens.

Frau Cazier, Grüne, bedankt sich für die Eingabe und verweist auf den beantragten Ortstermin.

Frau Wienke, Die Linke, bestätigt die problematische Situation und möchte das Thema auch im Runden Tisch Radverkehr ansprechen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, betont, dass der Ortstermin mit einer Vertretung aus dem Team des Fahrradbeauftragten stattfinden soll.

Beschluss:

zurückgestellt wegen Ortstermin (Antrag Grüne)

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr. Abschaffung aufgesetztes Parken und Öffnung für den Radverkehr in Gegenrichtung Agrippastraße zwischen Krummer Büchel und Hohe Pforte (Az.: 02-1600-75-22) 2656/2022

Der Petent weist darauf hin, dass die Anregung bereits vor sechs Jahren mit dem Radverkehrskonzept Innenstadt von der Bezirksvertretung beschlossen worden sei. Es gehe um den Teil der Agrippastraße zwischen Feuerwache 1 und Hoher Pforte, der als Einbahnstraße nicht für den Radverkehr freigegeben sei. Durch das aufgesetzte Parken auf der Südseite werde der Gehweg auf ca. 1,20 Meter verringert. Der vorderste, der ca. 15 Parkplätze sei ein barrierefreier Parkplatz. Anstelle einer langwierigen Planung einer Fahrradstraße, reiche hier zunächst die Öffnung der Einbahnstraße für den Radverkehr und das Abschaffen des aufgesetzten Parkens aus. Darüber hinaus gebe es keine Einrichtungsfahrradstraße.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, spricht sich für die Einrichtung einer Fahrradstraße aus, wie dies bereits Beschlusslage sei, da dies auch die Förderung des Radverkehrs wieder spiegelt. Den Beschlusstext „und in Gegenrichtung für den Radverkehr zu öffnen“ bittet er zu streichen und zu ergänzen „Die bestehende Einbahnstraßenregelung wird für den MIV beibehalten.“

Herr Cremer, SPD, stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den vorgelegten Änderungen zu.

Herr Leitner, CDU, beantragt einen Ortstermin, damit nicht einfach blind für Fahrradstraßen gestimmt, sondern auch die Gestaltung der Stadträume betrachtet werde.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, erklärt, dass nicht alle Probleme mit dieser Maßnahme gelöst werden können. Allerdings gebe es hier ein akutes Problem, was die Führung des Radverkehrs betreffe und mit dem Beschluss gelöst werden könne. Er bittet den Beschluss heute zu fassen und unabhängig davon bei einem Ortstermin in der Agrippastraße weitere Maßnahmen zu überlegen.

Herr Fischer, Grüne, stellt den Geschäftsordnungsantrag über den Antrag auf Orts-termin abzustimmen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, führt die Sitzung fort.

Frau Cazier, Grüne, schlägt vor, dass der Beschlusstext wie folgt geändert werden soll: „Die Bezirksvertretung dankt dem Petenten für die Eingabe und beschließt den einseitigen Entfall des Parkens und bittet die Verwaltung darum, die Fahrradstraße einzurichten ~~und in Gegenrichtung für den Radverkehr zu öffnen~~. **Die bestehende Einbahnstraßenregelung für den MIV wird beibehalten. Weitere städtebauliche Maßnahmen sollen in einem Ortstermin erörtert werden.**“

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung dankt dem Petenten für die Eingabe und beschließt den einseitigen Entfall des Parkens und bittet die Verwaltung darum, die Fahrradstraße einzurichten ~~und in Gegenrichtung für den Radverkehr zu öffnen~~. **Die bestehende Einbahnstraßenregelung für den MIV wird beibehalten. Weitere städtebauliche Maßnahmen sollen in einem Ortstermin erörtert werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung CDU, FDP und KlimaFreunde.

4.5 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW– "Klimawandel Deutz – Entsiegelung der Deutzer Werft" Aktenzeichen 115/22 B 2625/2022

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt aus, dass zwei Eingaben vorliegen. Die zweite Eingabe entspreche inhaltlich dem, was in den Änderungsantrag AN/1888/2022 aufgenommen wurde. Der Änderungsantrag nehme Bezug auf einen Antrag aus dem Jahr 2018. Zu diesem Antrag wurde im Sachstandsbericht mitgeteilt, dass das Amt für öffentliche Ordnung als verwaltende Dienststelle in der Vergangenheit mehrfach Schäden am Bodenbelag oder an eingelassenen Elementen wie Schienen repariert bzw. reparieren lassen, um der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen und die Unfallgefahr zu minimieren. Dies werde bei Bedarf auch weiterhin geschehen. Das Anliegen des Antrags ist damit als erledigt zu betrachten.

Er appelliert die Sachstandsberichte durchzulesen und direkt mitzuteilen, wenn man einen Beschluss als nicht erledigt betrachte. Dann werde das Bürgeramt erneut an die Fachverwaltung mit der Bitte um Erledigung herantreten.

Herr Fischer, Grüne, erklärt, dass der Änderungsantrag gerade die Intention habe, die Verwaltung darauf hinzuweisen, dass der Beschluss aus 2018 keinesfalls erledigt sei. Er bittet um folgende Ergänzung des Beschlusstextes: „den sie keineswegs als erledigt betrachtet“. Es könne nicht sein, dass, wie im letzten Winter, Schilder aufgestellt werden, die das Fahrradfahren quasi verbieten. Er kritisiert den ausgesprochen knappen Beschlusstext der Verwaltungsvorlage.

Beschluss (entspricht AN/1888/2022 mit Ergänzung):

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt den Petent*innen für ihre Eingaben.

Sie beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob im Seitenbereich der Deutzer Weft

zusätzliche Baumpflanzungen in einer Form vorgenommen werden können, die mit dem Bebauungsplan konform sind und die Nutzung der Fläche für die dort vorgesehenen Veranstaltungen und eventuelle Versammlungen nicht beeinträchtigen.

Bezüglich der Sanierung der Oberfläche verweist die Bezirksvertretung Innenstadt auf ihren Beschluss AN/1685/2018 vom 06.12.2018 (!), den sie keineswegs als erledigt betrachtet und beauftragt die Verwaltung, diesen nunmehr zeitnah umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5.1 Änderungsantrag zur Vorlage 2625/2022 - Bürgereingabe Deutzer Werft, Änderungsantrag Grüne AN/1888/2022

Beschluss:

unter TOP 4.5 (2625/2022)

4.6 Bürgereingabe nach § 24 GO - Deutzer Freiheit

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beratung über die Bürgereingabe in die nächste Sitzung der Bezirksvertretung.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, Die Linke und Die Partei gegen die Stimmen von CDU, FDP und KlimaFreunde **zugestimmt.**

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Mehr umsteigefreie Busverbindungen zum Hauptbahnhof, Antrag FDP AN/1068/2022

Wegen Ortstermin zurückgestellt.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Einrichtung von Abstellzonen für Mietfahrzeuge, Antrag Grüne AN/1768/2022

Herr Nüsser, FDP, bittet um Erläuterung des zweiten Satzes des Beschlusstextes sowie, ob mit Leihfahrzeugen alle Leihfahrzeuge oder nur E-Scooter gemeint sind. Er fragt, ob die technischen Voraussetzungen auch beispielsweise für Leihräder der KVB bestehen?

Herr Fischer, Grüne, erklärt, dass die Abstellmöglichkeiten nicht auf der Fahrbahn selber, sondern nur in Funktionsbereichen möglich seien, also markiert mit einer weißen Linie. Bei den KVB-Leihrädern soll nicht verhindert werden, dass diese an anderer Stelle abgestellt werden können, sondern eine Kommunikationskampagne von der KVB gestartet werden, dass diese an den Abstellanlagen abgestellt werden sollen. Da im Vergleich zu den E-Scootern, die Leihräder das geringere Problem darstellen.

Herr Cremer, SPD, unterstützt den Antrag, der von den Verbotszonen für das Abstellen der E-Scooter abrücke und Zonen ausweise, wo E-Scooter abgestellt werden können.

Herr Arabaci, Grüne, erklärt, dass der Abstellort je nach GPS-Signal auf 0,5 m bis 1 m genau erkannt werden kann. Durch das Ausweisen von Abstellzonen werde eine positive Entwicklung für die Ordnung innerhalb der Stadt erreicht. Er betont auch die Vorteile für behinderte oder ältere Menschen, für die derzeit ein erhöhtes Unfallrisiko aufgrund herumliegender E-Scooter bestehe.

Herr Fischer, Grüne, bittet im dritten Satz das Wort Leihfahrzeug durch E-Scooter zu ersetzen.

Auf den Einwand von Herrn Leitner, CDU, dass auch ein falsch abgestelltes Leihrad die Menschen behindere, antwortet Herr Fischer, Grüne, dass die Leihräder im Vergleich zu den E-Scootern das deutlich geringere Problem im Vergleich zu den E-Scootern ausmachen. Wenn zusätzlich dann noch eine Kampagne der KVB starte, dass nur an Abstellanlagen abgestellt werden solle, wäre dies ausreichend.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auch außerhalb der Altstadt, insbesondere auch in Deutz, Abstellflächen für Leihfahrzeuge wie Fahrräder und E-Scooter zu schaffen, außerhalb derer eine Beendigung der Fahrt nicht mehr möglich ist. Diese sind auf dafür zu schaffenden Funktionsbereichen auf der Fahrbahn einzurichten. ~~Leihfahrzeuge~~ **E-Scooter**, die dennoch außerhalb der Abstellzonen auf dem Gehweg abgestellt werden, sind von der Verwaltung schnellstmöglich auf Kosten der Verleihfirmen zu entfernen, außerdem sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten entsprechende Verwarn- bzw. Bußgelder zu verhängen. Leihfahrräder, z.B. von der KVB, sollen grundsätzlich auch an allgemeinen Fahrrad-Abstellanlagen platziert werden dürfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU **zugestimmt**.

5.2.2 Aufstellen von Schachtischen im Inneren Grüngürtel, gem. Antrag B90/Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1786/2022

Frau Cazier, Grüne, bittet im Beschlusstext Stadtverschönerungsmittel durch bezirksorientierte Mittel zu ersetzen.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu 5 Schachtische mit entsprechenden Sitzgelegenheiten, die auch für Rollstuhlfahrer*innen nutzbar sind, im Inneren Grüngürtel

aufzustellen. Eine flächige Versiegelung soll nicht vorgenommen werden. Die Verwaltung möge prüfen und Vorschläge machen, wie die barrierearme Zugänglichkeit zu gewährleisten ist, beispielsweise über eine wassergebundene Zuwegung ggfs. unter Einbeziehung des Tennisplatzes. Die Schachtische sollen, wie mit dem Grünflächenamt bei einem Ortstermin vereinbart, an der Venloer Straße/hinter dem Asphalttennisplatz aufgestellt werden und durch ~~Stadtverschönerungsmittel~~ **bezirksorientierte Mittel** finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.3 Verlängerung von Lieferzeiten auf dem Alter Markt, Antrag FDP AN/1788/2022

Herr Nüsser, FDP, erläutert seinen Antrag, mit dem die Anlieferungszeit am Alter Markt um zwei Stunden, also bis 13 Uhr, bis Sommer 2023 als Entlastung für die Gewerbetreibenden insbesondere aufgrund der schwierigen Personalsituation verlängert werden soll.

Frau Cazier, Grüne, bittet den Antrag aufgrund der Entwicklung am Buttermarkt und der Kragplatte zu vertagen.

Herr Cremer, SPD, entgegnet, dass es keine Zeit zum Abwarten gebe, weist auf die Not der Gewerbetreibenden und Boten hin und unterstützt den Entlastungswunsch der FDP.

Herr Leitner, CDU, sieht durch den Lieferverkehr eine Gefährdung der Touristen, die mit den Schiffen ankommen und spricht sich gegen eine Verlängerung der Anlieferungszeit bis 13 Uhr aus. Alternativ schlägt er eine weitere Anlieferung zwischen 16 und 17 Uhr vor. Was die Lieferzeiten auf dem Alter Markt mit der Kragplatte und dem Buttermarkt zu tun habe, erschließe sich ihm nicht.

Frau Cazier, Grüne, beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Nach Sitzungsunterbrechung teilt Frau Cazier, Grüne, mit, dass sie dem Antrag aufgrund der Präzisierung und der zeitlichen Befristung bis Sommer 2023 zustimmen kann.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

die Anlieferungszeiten für den Alter Markt um zwei Stunden pro Tag zu verlängern.

Die Maßnahme ist auf ein Jahr begrenzt. In der ersten Sitzung der Bezirksvertretung nach der Sommerpause 2023 soll über eine Vorlage über eine Verlängerung entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei gegen die CDU **zugestimmt.**

5.2.4 Radfahrstreifen auf der Siegburger Straße, Antrag Grüne AN/1766/2022

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt begrüßt, dass sich die Maßnahme zur Schaffung eines Radfahrstreifens auf der Siegburger Straße zwischen Benjaminstraße und Deutzer Freiheit inzwischen in der Umsetzung befindet. Sie verweist jedoch erneut auf den Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage 1071/2021, der vorsieht, rechtzeitig vor Beginn des Radfahrstreifens die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren. Dieser wurde sowohl von der Bezirksvertretung Innenstadt am 10.06.2021 als auch vom Verkehrsausschuss am 24.06.2021 jeweils einstimmig beschlossen. Die Verwaltung wird erneut beauftragt, aus Sicherheitsgründen diesen Beschluss unverzüglich umzusetzen und etwa ab der Einmündung Troisdorfer Straße bis zur Einmündung Deutzer Freiheit eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h anzuordnen. Gegebenenfalls ist zusätzlich das Verkehrszeichen 121-10 (Einseitig verengte Fahrbahn – Verengung rechts), versehen mit der entsprechenden Entfernungsangabe, anzubringen.

Hilfsweise wird die Verwaltung beauftragt, den Übergang des Radverkehrs von der Nebenanlage auf den Radfahrstreifen an einer Stelle vorzunehmen, die eine bauliche Trennung des Radfahrstreifens vom verbleibenden MIV ermöglicht und diese dann auch vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.5 AWB-Betriebshof Alteburger Straße: Fahrten durch stark bewohnte Gebiete vermeiden, gem. Antrag SPD, CDU und Die Linke AN/1781/2022

Herr Cremer, SPD, zieht den Antrag zurück, da durch die AWB aufgrund des Antrags im Vorlauf der Sitzung bereits eine Umstellung der Routen der AWB erfolgt sei.

Hinweis: Antrag zurückgezogen, da aufgrund des Antrags schon umgesetzt

5.2.6 Zusätzliches Fahrradparken in Deutz, Antrag Grüne AN/1765/2022

Beschluss:

In den vergangenen Monaten sind in Deutz die Mathildenstraße, die Tempelstraße, die Benjaminstraße, die Rupertusstraße und die Arminusstraße jeweils wegen Unterschreitung der Mindest-Fahrbahnbreite vom ruhenden Verkehr weitestgehend freigestellt worden. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesen Straßen auf von der Fahrbahn abzugrenzenden Funktionsflächen weitere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenräder einzurichten. Wo dies geschehen ist, wird die Verwaltung beauftragt, gegen Fahrzeuge aller Art (Fahrräder, Lastenräder, E-Scooter...), die den Fußverkehr behindernd auf Gehwegen abgestellt werden, konsequent vorzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.7 Anbringen eines versenkbaren Pollers an der Apostelnkirche, gem. Antrag B90/Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1785/2022

Beschluss:

Dort, wo die Mittelstraße auf der Apostelnstraße endet, ist eine Abpollerung herzustellen, die ein Wildparken –u.a. auf dem Gelände der Apostelnkirche- unmöglich macht.

In der Mitte der unbeweglich kräftigen Poller muss ein versenkbarer Poller eingebaut werden. Zu diesem „einmütigen“ Ergebnis kamen alle Teilnehmer*innen, die sehr zahlreich aus Politik, Kirche, Verwaltung und Feuerwehr an dem OT am 31. Mai 2022, um 13:00 Uhr, teilgenommen hatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.8 Prüfantrag zu verfügbaren Städtebaufördermittel, gem. Antrag B90/Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1787/2022

Beschluss:

Die Verwaltung soll kurzfristig prüfen, welche Städtebaufördermittel in welcher Höhe für den Stadtbezirk 1 beantragt werden können.

Da bei Fördermitteln immer eine Frist gegeben ist, wir die Verwaltung darum gebeten, in dieser Sache fristgerecht zu handeln und die BV1 über das Prüfergebnis zeitnah zu informieren, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe diese Mittel für den Bezirk Innenstadt-Deutz zur Verfügung stehen können, damit die BV1 darüber schnell entscheiden kann, wo und wie diese Mittel im Bezirk verwendet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.9 Reduzierung der versiegelten Flächen am Venloer Wall/Grüngürtel, Dringlichkeitsantrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1908/2022

Beschluss:

1. Dass auf dem Gelände der bestehenden Kindertagesstätten Venloer Wall 13 und 13a sowie auf dem neuen Gelände der neuen Interimsschule keine Flächen für Parkplätze geschaffen bzw. ausgewiesen werden.

2. Dort bereits bestehende Parkplätze sind zugunsten der Freiflächen für Kita bzw. Schule aufzuheben und zu entsiegeln.
3. Auch alle weiteren Flächen sind dort zu entsiegeln, bei denen nicht besondere Vorschriften dem entgegenstehen.
4. Es sind daher auch ausreichende, sichere und vor Witterung geschützte Fahrradabstellplätze im anliegenden Seitenbereich des Venloer Walls zu schaffen.
5. Es ist seitens der Verwaltung zu prüfen, ob – falls wegfallende Parkplätze überhaupt ausgeglichen werden müssen – im Seitenbereich des Venloer Walls Parkflächen reserviert werden können oder bestehende Parkflächen der Ursprungsschulen bzw. anderer städt. Einrichtungen, wie z.B. das Gymnasiums Kreuzgasse, mit oder weiterhin genutzt werden können. In diesem Zusammenhang wird auf ein im März angekündigtes Konzept der Stadt zur Bewirtschaftung von Schulparkplätzen hingewiesen.
6. Das Gelände des ROM e.V. ist, insoweit es sich um ein städtisches Gelände handelt, unter den obigen Beschlusspunkten zu untersuchen und umzugestalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung SPD und FDP.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Gestaltung des Historischen Parks Deutz, Anfrage CDU AN/0537/2022

6.1.1.1 Beantwortung der Anfrage - Gestaltung des Historischen Park Deutz, Anfrage der CDU 2753/2022

Herr Schmitz, CDU, kritisiert, dass die Fachverwaltung vier Jahre nach dem Beschluss erkläre, dass kein Geld vorhanden sei.

Herr Fischer, Grüne, führt das, dass durch den Welterbestatus für einen Teil des Historischen Parks eine Beschilderung vom LVR vorgenommen werde. Es soll eine Absprache bezüglich der optischen Gestaltung der Schilder erfolgen, einiges werde sicher vom LVR finanziert werden können. Ansonsten könne die Bezirksvertretung gegebenenfalls eine Finanzierung aus Stadtverschönerungsmitteln übernehmen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, schlägt für eine Sitzung im neuen Jahr eine aktuelle Stunde zu diesem Thema vor, die mit einem entsprechenden Beschluss endet.

Herr Leitner, CDU, unterstützt den Vorschlag von Herr Hupke, insbesondere auch, weil die Fachverwaltung und der LVR nicht auf dem gleichen Informationsstand gewesen seien. Es sei eine stadtkölnische Angelegenheit, die nicht mit bezirksorientierten Mitteln finanziert werden soll.

Herr Schmitz, CDU, schlägt vor dies im Rahmen eines Fachgesprächs für diejenigen, die tiefer in die Thematik einsteigen wollen, zu machen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärte, dass darüber in der nächsten FVB entschieden werden soll.

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

6.2.1 Stand Interessensbekundungsverfahren Fort X, Anfrage Grüne AN/1693/2022

6.2.1.1 Beantwortung der Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend der Interessenbekundungen zum Fort X am Neusser Wall (AN 1693/2022) 3274/2022

6.2.2 Ruhestörung in der Rubensstraße, Anfrage SPD AN/1831/2022

Zwei Vertreterinnen der Bürgerinitiative Mauritiusviertel überreichen die Unterschriftenlisten mit 140 Unterschriften zu der bereits vorliegenden Bürgereingabe. Sie weisen auf die an jedem Wochenende untragbare Situation mit Lärm, Safttourismus und Dreck im Mauritiusviertel hin.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, dankt den Petentinnen.

6.2.3 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburo- nenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne AN/1836/2022

6.2.4 Bildungslandschaft Altstadt Nord - Renovierungsarbeiten, Anfrage CDU AN/1821/2022

6.2.5 Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt, Anfrage CDU AN/1822/2022

6.2.6 Anfrage zu Waffenverbotszonen, Anfrage FDP AN/1849/2022

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

**9.1 Angebote und Projekte des Interkulturellen Dienstes der Stadt Köln
2906/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.2 Aktivitäten 2022 des House of Resources (HoR) in Köln und diesjährige
Bundeskonferenz der Houses of Resources am 4.11.2022
2288/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.3 Stellungnahme zum Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates
zur Neufassung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung
von Straßen und Plätzen
1207/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.4 Generalsanierung der Bastei
2633/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.5 1. Veränderungsnachweis "Verwaltung" zum Entwurf des Haushalts-
plans 2023/2024
2739/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.6 Erste Gespräche zur Abstimmung neuer Regelung für die Außengast-
ronomie
hier: Sachstand
2894/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.7 20. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
2076/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.8 Sachstandsbericht
3410/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.9 Deutzer Hafen
Hier: 1. Sitzung des Begleitgremiums; Ergebnisprotokoll
3247/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.10 Einrichtung einer Fahrradstraße im Pantaleonswall (Abschnitt zwischen
Am Weidenbach und Am Trutzenberg)
3316/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.11 Liste der Großbauprojekte
3165/2022**

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. Andreas Hupke
Vorsitzender

gez. Andrea Brohl
Schriftführerin